
Wiebke Knell

KNELL: HESSENS WOLFSMANAGEMENT IST GESCHEITERT

11.08.2020

WIESBADEN - Eine Wölfin, die jede Scheu verloren hat, bis in Wohngebiete vordringt, Nutztiere reißt und Menschen und Tiere in Angst und Schrecken versetzt, ist seit geraumer Zeit im Vogelsberg unterwegs. Wiebke KNELL, jagd- und landwirtschaftspolitische Sprecherin der Fraktion der Freien Demokraten im Hessischen Landtag, hat sich jetzt bei einem Ortstermin mit Weidetierhaltern und Bürgern in Ulrichstein (Vogelsberg) ein Bild von der Lage gemacht. „Die Menschen fühlen sich bedroht durch die Wölfin und allein gelassen von der Landesregierung, deren Maßnahmen das Problem nicht lösen“, stellt Knell fest. „Das Wolfsmanagement der Landesregierung ist gescheitert. Es kann es nicht der richtige Weg sein, den Tierhaltern immer höhere Zäune zur Auflage zu machen, die der Wolf ohnehin überwinden kann. Die Ulrichsteiner Wölfin ist nahezu täglich in Ortslage zu beobachten, sie schleicht um die Ställe der Landwirte, und ihr Heulen ist jede Nacht zu hören. Weidetierhalter und besorgte Anwohner fordern, dass Umweltministerin Priska Hinz die Wölfin entnehmen lässt. Darin unterstützen wir die Betroffenen.“

Auch die sogenannte Stölzinger Wölfin müsse zum Abschuss freigegeben werden, fordert Knell. Diese Wölfin hat im Werra-Meißner-Kreis, in Hersfeld-Rotenburg und im Schwalm-Eder-Kreis trotz Stromschutzzäunen mehrfach Nutztiere angegriffen und nachweislich über 20 Schafe, Ziegen und Kälber getötet. „Die Abschüsse der Wölfinnen müssen schnell erfolgen, denn es sind inzwischen auch weitere Wölfe gesichtet worden, so dass es nur eine Frage der Zeit ist, bis sich ein Rudel bildet. Wenn die Wölfinnen ihr Verhalten an den Nachwuchs weitergeben, wäre das für weite Teile der Weidetierhaltung in der jeweiligen Region das Ende“, erklärt Knell. Sie erinnert an die Aussage von Umweltministerin Priska Hinz, dass ein Abschuss möglich sei, wenn wiederholt Herdenschutzmaßnahmen überwunden und ernsthafter wirtschaftlicher Schaden

angerichtet wurde. „Beides ist der Fall. Deshalb muss die Ministerin die Wölfinnen entnehmen lassen“, betont Knell.

Die Freien Demokraten fordern zudem, die Begutachtung von Rissproben durch das Hessische Landesamt für Naturschutz, Umwelt und Geologie kritisch zu überprüfen und zu verbessern. "Leider entsteht immer öfter der Eindruck, als seien Wolfnachweise, vor allem bei Rissen, politisch nicht gewollt. Betroffene berichten, dass Probenentnahmen verweigert werden. In anderen Fällen dauert es zu lange, bis Proben entnommen werden", sagt Knell. "Wenn der Wolf politisch gewollt ist, muss das Monitoring konsequent und ergebnisoffen funktionieren. Die Ministerin muss sicherstellen, dass Risse noch am Tag der Meldung begutachtet werden."